

Koalitionsentwurf Bundeshaushalt 2025 Mittelausstattung des Eingliederungstitels im SGB II

An:

BMAS
BMF
Mitglieder Ausschuss Arbeit und Soziales
Mitglieder Haushaltsausschuss

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Koalition hat nach zähem Ringen am 16. August 2024 den Koalitionsentwurf zum Bundeshaushalt 2025 im Bundestag vorgestellt. Das BMAS hat auf dieser Grundlage am 19. August 2024 die Bundesagentur für Arbeit, kommunale Spitzenverbände und zuständige Ministerien der Länder über die Verteilung der Mittel in den Jobcentern informiert. Die Mitteilung finden Sie [hier](#) (Quelle: berlin-table).

Besonders besorgniserregend ist die angekündigte drastische Reduzierung der Mittelausstattung des Eingliederungstitels im SGB II. Für Fördermaßnahmen und Verwaltung stehen in den Jobcentern voraussichtlich 1,250 Mrd. EUR weniger zur Verfügung als in 2024. Diese Summe umfasst die bereits beschlossene Kürzung um 900 Mio. EUR wegen des Übergangs der Aufgaben für berufliche Weiterbildung (FbW) und für Rehabilitanden vom SGB II in das SGB III sowie eine (neue) Kürzung um weitere 350 Mio. EUR. Zudem weist der Ansatz von 25 Mrd. EUR für das Bürgergeld 4,7 Mrd. EUR Kürzungen aus.

Kritik kommt aus den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden in einer gemeinsamen Stellungnahme zur geplanten Mittelausstattung der Jobcenter für das Haushaltsjahr 2025: „Das Gesamtbudget der Jobcenter ist seit Jahren chronisch unterfinanziert“. Die Stellungnahme finde Sie [hier](#).

Wir, die Spitzenverbände der Weiterbildung - Bag Arbeit, BBB, EFAS und VDP -, kritisieren die geplante Kürzung des Gesamtbudgets im SGB II. Werden die geplanten Kürzungen umgesetzt, wird die erfolgreiche Integrationsarbeit bei den Verbänden der Weiterbildung und den Jobcentern nicht fortgesetzt werden können.

Mit der geplanten Mittelkürzungen werden die Jobcenter stark eingeschränkt und lediglich als „Zahlstellen“ die passiven Leistungen der Bürgergeldbeziehenden zur Auszahlung bringen. Viele der Jobcenter melden, dass sie durch Umschichtungen in den Verwaltungshaushalt keine Mittel mehr für die Umsetzung von Arbeitsmarktprogrammen haben würden. Dies hätte erhebliche Auswirkungen auf die erforderliche Trägerstruktur und gefährdet diese in

der Fläche. Wichtige Projekte wie Arbeitsgelegenheiten, Sozialkaufhäuser und Radprojekte sowie Gelder für Qualifizierungsmaßnahmen, die Beschäftigung in der sozialen Teilhabe (§ 16i) und Eingliederungszuschüsse werden fehlen.

Es muss ausreichend Geld für Eingliederung zur Verfügung gestellt werden, um Personen mit hohem Beratungsbedarf, wie arbeitsmarktferne oder geflüchtete Menschen mit noch geringen Sprachkenntnissen, erfolgreich zu beraten und in Arbeit und damit in Gesellschaft zu integrieren. Ansonsten ist zu befürchten, dass sich noch mehr Menschen von der Politik entfremden und sich politischen Rändern zuordnen.

Die unterzeichnenden Verbände dieses Schreibens sind Unternehmensverbände, die die Interessen von Schulen, Bildungs- und Beschäftigungsunternehmen sowie Arbeitsmarktdienstleistern vertreten. Dabei repräsentieren die Verbände das gesamte freie Bildungs- und Beschäftigungswesen von der frühkindlichen Bildung über allgemein- und berufsbildende Schulen, Hochschulen, betriebliche und private Weiterbildung, berufliche Erwachsenenbildung, Arbeitsmarktdienstleistungen und Beschäftigungsangeboten. Die Verbände vertreten zusammen ca. 80 Prozent der Unternehmen in den angeführten Bereichen.

Wir schließen uns dem Appell aus den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden an und fordern Sie als verantwortliche Haushaltspolitikerinnen und -politiker des deutschen Bundestages, sowie das BMAS und das BMF dazu auf, sich die Reichweite und Brisanz der geplanten Mittelkürzungen zu verdeutlichen und die Kürzungen abzuwenden. Mittelkürzungen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktförderung erzielen allein kurzfristige Kosteneinsparungen und Effekte. Es steht allerdings dem politischen Ziel entgegen, dem Fach- und Arbeitskräftemangel nachhaltig entgegenzuwirken, Menschen eine erfolgreiche Erwerbsbiographie zu ermöglichen und so letztlich u.a. das soziale Sicherungssystem zu entlasten bzw. zu stärken. Nur eine angemessene zukunftsorientierte und verlässliche Mittelausstattung führt zu zielgerichteter und nachhaltiger Integration in den Arbeitsmarkt.

Für Fragen und Gespräche stehen wir gerne zur Verfügung.

04. September 2024

bag arbeit

gez. Alina Simon, Geschäftsführerin

Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (Bildungsverband) e.V.

gez. Sören Kosanke, Geschäftsführer

Evangelischer Fachverband für Arbeit und soziale Integration (EFAS) e.V.

gez. Katrin Hogh, Geschäftsführerin

Verband Deutscher Privatschulverbände e.V.

gez. Ellen Jacob, Bundesgeschäftsführerin